

Ausschuss für Inneres und Sport
(121. Sitzung am 8. Juni 2017)

Beratungsthemen:

Erster öffentlicher Sitzungsteil

1. Beschlussfassung über Unterrichtungen

Der Ausschuss bat die Landesregierung einmütig, ihn in einer der nächsten Sitzungen mündlich über Auftritte salafistischer Prediger im Deutschsprachigen Islamkreis (DIK) Hannover zu unterrichten.

2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Brandschutzgesetzes
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/8173](#)

Die Landesregierung stellte die Grundzüge des Gesetzentwurfs vor. Der Ausschuss begann mit der Beratung und bereitete eine Anhörung für die Sitzung am 24. August 2017 vor. Die Fraktionen wurden gebeten, gegebenenfalls zusätzliche Vorschläge zum Kreis der Anzuhörenden der Landtagsverwaltung zeitnah zu übermitteln.

3. Unterrichtung durch die Landesregierung über die Ergebnisse des Modellversuchs zum polizeilichen Einsatz von Body-Cams

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen, führte darüber eine Aussprache und bat die Landesregierung um eine schriftliche Ergänzung zu den in der Aussprache aufgeworfenen Fragen, wann der Modellversuch in den einzelnen Polizeidirektionen aufgenommen wurde und welchen Deliktsfeldern die Straftaten etc. zuzurechnen sind, für die Body-Cam-Aufzeichnungen in der Modellversuchsphase herangezogen wurden.

4. Moderne Technik für eine ausgewogene Videoüberwachung

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/8016](#)

Der Ausschuss erörterte Verfahrensfragen und bat die Landesregierung, ihn über den Stand der Modernisierung von Videoüberwachungsanlagen zu unterrichten. Im Anschluss an die Unterrichtung soll über eine Anhörung entschieden werden.

Vertraulicher Sitzungsteil

5. Unterrichtung durch die Landesregierung über Nebentätigkeiten des Landesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei in Niedersachsen

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Er bat die Landesregierung um eine schriftliche Ergänzung der Unterrichtung in einzelnen Punkten.

6. Unterrichtung durch die Landesregierung über polizeiliche Fragestellungen, die sich in der 66. Sitzung des Ausschusses für Verfassungsschutz am 6. Juni 2017 ergeben haben

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Er bat die Landesregierung um eine schriftliche Ergänzung der Unterrichtung in einzelnen Punkten.

Zweiter öffentlicher Sitzungsteil

7. Doppelte Staatsangehörigkeit erhalten!

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/7274](#)

Der Ausschuss setzte diesen Punkt aus Zeitgründen von der Tagesordnung ab.

8. Die Landesregierung soll der Einstufung der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsstaaten im Bundesrat zustimmen

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/7275](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung über den Antrag ab und empfahl dem Landtag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP, den Antrag abzulehnen.

9. Gettos vermeiden - Wohnsitzauflage jetzt!

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/8019](#)

Der Ausschuss bat die Landesregierung um eine mündliche Unterrichtung insbesondere zu den Fragen, welche anderen Bundesländer Wohnsitzauflagen ausgesprochen haben, welche Erfahrungen dort damit gegebenenfalls gesammelt worden sind und wie die Landesregierung im Rückblick die Wohnsitzauflagen bewertet, die im Zusammenhang mit dem zahlenmäßig starken Zuzug von Spätaussiedlern ausgesprochen worden sind.

10. Aktenvorlage gemäß Artikel 24 Abs. 2 Niedersächsische Verfassung; Vorlage von Akten zu Fällen von mutmaßlichem Sozialbetrug wegen Mehrfachregistrierungen von Flüchtlingen mit verschiedenen Identitäten bei der Landesaufnahmebehörde (Standort Braunschweig), 3. Tranche

Der Ausschuss fasste einstimmig den Beschluss nach § 95 a GO LT über die Vertraulichkeit der mit Schreiben des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport vom 18. Mai 2017 vorgelegten Unterlagen.

11. Nationales Konzept Sport und Sicherheit umsetzen - Fanprojekte besser unterstützen

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/2707](#)

Der Ausschuss setzte diesen Punkt aus Zeitgründen von der Tagesordnung ab.